

Stärkung von Aufbau, Resilienz und Demokratie in den Regionen, Städten und Dörfern

Europäisches Solidaritätszentrum

15./16. Mai 2023 | 9.00-13.00 Uhr | Danzig (Polen)

Danziger Erklärung: Stärkung von Aufbau, Resilienz und Demokratie in den Regionen, Städten und Dörfern

Wir, die Regional- und Kommunalpolitikerinnen und -politiker der EVP und die Vertreter der Gemeinden,

1. bekräftigen unser Bekenntnis zu einer Europäischen Union, die – obwohl sie sich über den gesamten Kontinent erstreckt – in unseren Regionen, Städten und Dörfern ihren Anfang nimmt. Wir treten ein für eine starke soziale Marktwirtschaft, für eine wettbewerbsorientierte und ortsbezogene Industriepolitik und für das Wohlergehen der Menschen als prägendes Merkmal unserer europäischen Lebensweise. Wenn es um die täglichen Entscheidungen mit Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger geht, messen wir dem Aufbau von Partnerschaften auf mehreren Ebenen und ganz besonders dem Subsidiaritätsprinzip große Bedeutung bei;
2. betonen, dass bei der *Aufbau- und Resilienzfähigkeit (ARF)* die Multi-Level-Governance maßgeblich zum Tragen kommen und die konkreten Probleme der Menschen aufgegriffen werden müssen, damit dieses Instrument den angestrebten europäischen Mehrwert wirklich erbringen kann;
3. würdigen insbesondere die fortwährende Unterstützung durch das Europäische Parlament, das im Rahmen seines Kontrolldialogs mit der Europäischen Kommission mehr Transparenz und parlamentarische Kontrolle beim Zugang der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu Mitteln aus der ARF gewährleistet;
4. setzen uns weiterhin dafür ein, dass bei allen Säulen der ARF konkrete Ergebnisse erzielt werden – durch Unterstützung der lokalen Wirtschaft und der Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, aber auch durch Großprojekte zur Anpassung an den Klimawandel sowie für nachhaltige städtische Mobilität und widerstandsfähige Gesundheitssysteme, die den wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt, die Wettbewerbsfähigkeit sowie den ökologischen und den digitalen Wandel vorantreiben;
5. betonen die Gefahr populistischer Versuche, die demokratischen Werte in den Regionen, Städten und Dörfern der EU zu untergraben, einschließlich der zunehmenden Verbreitung von Falschinformationen und Hetze im Internet, häufig in Verbindung mit Kriegspropaganda aus dem Kreml. Dies kann das Klima der Toleranz in unseren Gesellschaften und das Vertrauen in unsere Institutionen aushöhlen und zur Manipulation von Wahlprozessen führen, unsere Demokratien schwächen, den wirtschaftlichen Aufschwung beeinträchtigen und die künftige Entwicklung der Wirtschaft auf allen Ebenen gefährden;
6. fordern die Einbeziehung der regionalen und lokalen Ebene in eine koordinierte EU-Strategie gegen ausländische Einflussnahme und Falschinformationen und verpflichten uns, diesen Praktiken durch politische Bildung entgegenzuwirken, die Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger zu fördern, demokratische Verfahren zu stärken und den Bürgerdialog auf regionaler und lokaler Ebene zu intensivieren, um Populisten zu entlarven;

7. verpflichten uns uneingeschränkt dazu, die Vorschläge der Konferenz zur Zukunft Europas zur Stärkung der Demokratie in der EU umzusetzen, und werden dabei den folgenden Vorschlägen besondere Aufmerksamkeit widmen:
- EU-Themen sollten über die politischen Parteien in die öffentliche Debatten einbezogen werden, und zwar nicht nur während der Wahlen zum Europäischen Parlament, sondern auch im Vorfeld nationaler, regionaler und lokaler Wahlen.
 - Der EU-Beschlussfassungsprozess sollte durch Einbeziehung von Vertretern der subnationalen Ebene und des AdR weiterentwickelt werden.
 - Die Grundsätze der aktiven Subsidiarität und der Multi-Level-Governance sollten systematisch Anwendung finden, und die Rolle des AdR im institutionellen Gefüge der EU sollte bei Angelegenheiten mit territorialen Auswirkungen gestärkt werden.